

Neuer sicherheitspolitischer Bericht

Autor(en): **Jenni, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **97 (2022)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1005966>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neuer sicherheitspolitischer Bericht

Die Landesregierung hat am 24. November 2021 die Ziele für die Sicherheitspolitik verabschiedet. Von April bis August fand zum Entwurf eine Vernehmlassung statt. Nach Meinung des Bundesrats sei der Entwurf des Berichts positiv aufgenommen worden. Nicht alle teilen diese Meinung.

Peter Jenni

Am stärksten kritisiert wurde in der Vernehmlassung das Krisenmanagement des Bundes. Dies offenbar unter dem Eindruck der Leistungen der Verantwortlichen während der Pandemie.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die kritische Vernehmlassung von Dr. iur. Markus H.F. Mohler, ehemaliger Dozent für öffentliches Recht an den Universitäten St. Gallen und Basel, und Prof. Dr. iur. Rainer J. Schweizer, ehemaliger Professor für öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität St. Gallen. Beide haben der Armee während Jahren als Stabsoffiziere gedient.

Sie weisen in ihrer Stellungnahme vom 30. Juli 2021 unter anderem darauf hin, es solle sich «um einen Bericht vornehmlich auf der strategischen Ebene handeln ... um Analysen und Beurteilun-

gen im Hinblick auf den Einbezug aller Aspekte und aller Kräfte auf ein bestimmtes Ziel hin.

Dabei wären auch unverzichtbare Voraussetzungen sowohl für Beurteilungen wie für die Umschreibung von Massnahmen auf ein strategisches Ziel hin von grosser Bedeutung. Das ist aber nicht der Fall.»

Wesentliche Kritikpunkte


Die wesentlichen Kritikpunkte am SIPOL 21 lauten:

- Der Bericht sei in Teilen nicht aufeinander abgestimmt. Beiträge verschiedener Departemente mit unhaltbaren Widersprüchen offenbaren ein «Silodenken».
- Es werden keine Ziele formuliert, sondern Wege zu nicht formulierten Zielen.

- In verschiedenen Punkten hätten die Ausführungen nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Es fehle die strategische Beurteilung bezüglich der aktuellen Lage und auch jene der Schweiz.
- Es fehle auch der Hinweis auf die Ausrüstungsmängel der Armee und auf Vorschläge, wie diese zu beheben seien.
- Im Weiteren fehlten strategische Überlegungen, wie die Rolle der Schweiz in Europa (Rahmenabkommen etc.) aussehen könnte.
- Der Entwurf des Berichts vermöge auch systematisch den gestellten Anforderungen nicht gerecht zu werden.

Ausblick

In den nun folgenden parlamentarischen Debatten bietet sich Gelegenheit, verschiedene Punkte dieser Kritik zu klären und zu bewirken, damit bei der künftigen Abfassung des Berichts der kritische Leser mehr sachliche Substanz serviert bekommt.

Weitere Informationen sind unter der Webseite recht-sicherheit.ch im Artikel «Entwurf sicherheitspolitischer Bericht 2021» nachlesbar. 



Silodenken anstatt Unité de doctrine? Kritiker bemängeln dies im neuen sicherheitspolitischen Bericht.